

# Sicherheit steht im Mittelpunkt

## Bundestagswahl | Kandidaten äußern sich zur Friedenspolitik

■ Von Birgit Heinig

**VS-Villingen.** »Sicherheit neu denken« - unter der Prämisse der zivilen Konfliktbewältigung stellten sich fünf Bundestagskandidaten der Region in einer Podiumsdiskussion den Fragen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Diskutiert wurde bei der Gemeinschaftsveranstaltung von Bildungszentrum Villingen, der evangelischen Erwachsenenbildung, dem Kreisverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Initiative »Ärzte gegen Atomkrieg« und dem Regionalen Friedensbündnis indes wenig, denn Thomas Bleile (die Grünen) Thorsten Frei (CDU), Heinrich Alexandra Hermann (die Linke), Marcel Klinge (FDP) und Derya Türk-Nachbaur (SPD) sahen sich mit einem Moderator konfrontiert, der sich Diskussionen von Seiten des Publikums im Vorfeld verbat, selbst aber ausgiebig zu seiner pazifistischen Einstellung referierte.

Der stellenweise turbulente Abend - nicht jeder Zuhörer wollte sich die selbstherrliche Art des Moderators gefallen lassen - gab gleichwohl einen Einblick in die Vorschläge der Politik, wie der aktuellen Gefahr der Eskalation militärischer Konflikte zu Kriegsausbrüchen zu begegnen sei. Naturgemäß unterschieden sich dazu die Meinungen. Thorsten Frei sprach vom »obersten Ziel, Völkermord zu verhindern«, wenn er militärische



Thorsten Frei (von links), Heinrich Alexandra Herrmann, Moderator Andreas Zumach, Derya Türk-Nachbaur, Thomas Bleile und Theo Ziegler (von links) diskutieren über Friedens- und Sicherheitspolitik.

Foto: Heinig

Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Friedenssicherung abwäge. Er sieht die Beteiligung Deutschlands am Nato-Haushalt mit zwei Prozent des Bruttosozialproduktes als beschlossen und daher zu erfüllen an, den Export von Verteidigungswaffen als sinnvoll, demnächst aber noch schärfer zu überwachen und wünscht sich eine EU-Armee.

Marcel Klinge, der, wie auch Derya Türk-Nachbaur zugab, kein Experte in der Sache zu sein, forderte für Auslandseinsätze ein NATO- oder EU-Mandat, gute Ausbildung und Ausstattung für die Soldaten, sprach sich aber gegen eine generelle Aufstockung der militärischen Ausgaben aus. Als »überzeugter Europäer« sei er für die Bildung einer europäischen Friedensarmee und den Ausbau der Außen- und Sicherheitspolitik, »das wäre ein starkes Signal«.

Für Heinrich Alexandra Hermann ist internationale Dialogbereitschaft in jedem

Fall das Mittel der Wahl. »Gewalt erzeugt Gewalt«. Für völkerrechtliche Verstöße, die nicht hinzunehmen seien, »gibt es immer andere Lösungen der Konfliktbewältigung«.

Sie stimme der CDU- und FDP-Meinung »nur ungen« zu, sagte Derya Türk-Nachbaur, aber bei der Frage nach Auslandseinsätzen »gibt es kein Schwarz und Weiß«. Gleichwohl tendiere sie eher zu gesellschaftlichen Veränderungen als zu militärischer Konfliktbewältigung per se.

Der Grüne Thomas Bleile sieht die Reduzierung der Waffenexporte und ein neues Rüstungskontrollgesetz für geboten und fordert eine »Endverbleibskontrolle«. Alle Entscheidungen darüber gehörten zudem ins Parlament und »nicht nur in den Bundessicherheitsrat«.

Bleile wünscht sich eine »krisenfesteste, handlungsfähige EU« als Friedensmacht inmitten zunehmend autoritärer Staaten.